

An den Bürgermeister
und den Gemeinderat der Gemeinde Obing

Interessenwahrnehmung der Kommunen in den Verhandlungen für ein EU/USA- Investitions- und Freihandelsabkommen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderäte,

die Politische Alternative Obing bittet den Bürgermeister und den Gemeinderat Obing den folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 30.09.2014 im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln.

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

Die Gemeinde Obing spricht sich grundsätzlich gegen das EU/USA-Investitions- und Freihandelsabkommen (TTIP) aus. Weiter bittet die Gemeinde Obing den Gemeindetag/Städtetag als Vertretung der Kommunen darzustellen, inwieweit und mit welchem Erfolg er bisher auf die Verhandlungspositionen der EU-Kommission und auf die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen einwirken konnte, um die legitimen Interessen der Kommunen zu wahren. Der Gemeindetag/Städtetag möge seine Mitgliedskommunen zeitnah und in geeigneter Form über die Ergebnisse diesbezüglicher Bemühungen informieren.

Begründung:

Sowohl der Deutsche Städte- und Gemeindebund wie auch der Bayerische Städtetag haben öffentlich zugesagt, sich im Interesse der Kommunen in diese Verhandlungen einzuschalten. In einer Stellungnahme vom 05.03.2014 sah der Deutsche Städte- und Gemeindebund Gefahren für die Kommunen in diesem Abkommen und kündigte an, sich dafür einzusetzen, dass Beeinträchtigungen für die Daseinsvorsorge, für die kommunalen Ausschreibungen und für die demokratischen Rechte der Kommunen verhindert werden.

Der Bayerische Städtetag wies ebenfalls auf die Gefahren von TTIP für die Kommunen hin. In seiner Stellungnahme vom 08.11.2013 versprach er, darauf hinzuwirken, dass in den Verhandlungen die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge nicht angetastet werden.

Inzwischen sind schon einige Verhandlungsrunden abgelaufen. Die EU-Kommission ebenso wie die amerikanische Seite bekunden weiter ihre Entschlossenheit, möglichst bald zu einer Vereinbarung zu kommen, aber die Öffentlichkeit wird weiter über die bisher erzielten Ergebnisse und den Verhandlungsverlauf im Unklaren gelassen.

Angesichts der Gefahren, die dieses Abkommen mit dem darin geplanten Investorenschutz für die kommunale Wertstoffwirtschaft, für den Erhalt der kommunalen Trinkwasserversorgungen und für die Zukunftschancen der kommunalen Kliniken birgt, und angesichts der im Abkommen angestrebten weiteren Liberalisierung und Deregulierung im Bereich der öffentlichen Beschaffung und Auftragsvergabe ist eine erneute Bewertung durch die Städte- und Gemeindetage als Interessenvertretung der Kommunen dringend erforderlich.

Unser Antrag lehnt sich an an einen Antrag sowie die Begründung von Herrn Reinhard Retzer, Lohkirchener Gemeinderat und Kreisrat, und von Herrn Hans Kühner aus Schönberg, beide Unterstützer der INNitiative gegen das Freihandelsabkommen (Initiative im Mühldorfer Raum).

Die PAO unterstützt diese Initiative ebenfalls und bemängelt, dass die Verhandlungen **unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der europäischen Bürger und Bürgerinnen** zwischen Wirtschaftspolitikern, großen und weltweiten Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftslobbyisten geführt werden. Nach dem, was bisher durchsickert, spielen Verbraucher-, Umwelt- und Sozialinteressen sowie Prinzipien eines Rechtsstaates keine Rolle.

Ein solch durchgreifendes, weltweites Abkommen erfordert, wenn es von der breiten Mehrheit getragen werden soll, Offenheit, Transparenz, Fairness und Rechtsstaatlichkeit. Dies alles ist derzeit in keinster Weise der Fall.



Stettwieser Korbinian

Fraktionssprecher der PAO

Plank Armin G.

Stellv. Fraktionssprecher der PAO